

## Offener Brief

Am 15.09.2023 nahm ich an der Demonstration von „Fridays for future“ in Bremen teil. Ich hielt ein DIN-A-1-großes Plakat hoch auf dem stand: „**Sozialismus statt Untergang in der globalen Umweltkatastrophe**“. Unten links (kleiner) „MLPD“.

Mehrere „Ordner“ versuchten mich – mehr oder weniger aggressiv – dazu zu bewegen, das Plakat oder mich selbst zu entfernen, da sie „beschlossen“ hätten, „keine Parteien“ zuzulassen.

Als ich dem nicht nachkam, holten sie zuerst einen Polizisten, der mir einen Platzverweis aussprach. Als ich auch dem nicht nachkam und auf meinem grundgesetzlich geschützten Recht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit beharrte, holte er immer mehr Verstärkung. 2 große Mannschaftswagen und 2 kleinere Polizeiwagen fuhren auf. Mit 10 Polizistinnen und Polizisten wurde ich gepackt und vom Marktplatz unter Gewaltanwendung weggeschoben und -gezogen. In einer Seitenstraße wurde ich umringt und mir wurde angedroht, wenn ich mich nur einen Meter in Richtung Marktplatz bewege, würde ich zwangsweise zur Wache verbracht und dort in eine Zelle gesperrt.

Ich habe gegen die Beamten inzwischen Dienstaufsichtsbeschwerde wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung und Verstoß gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gestellt.

### Was ist hier eigentlich los?

Das eine ist **die rechtliche Seite**.

Die Polizei hat klar gegen geltendes Recht verstoßen. An öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel entsprechend Artikel 8, Grundgesetz, hat jeder das Recht, teilzunehmen. Die Anmelder oder Versammlungsleiter haben nicht das Recht, bestimmte Personengruppen oder Parteien auszuschließen. Durch das Zeigen "symbolträchtiger Gegenstände wie einer Fahne wird von der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht" (BVG, Beschluss vom 29.03.2002, NVwZ 2002, 1467).

"Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit schützt auch nicht nur solche Teilnehmer vor staatlichen Eingriffen, die die Ziele der Versammlung oder die dort vertretenen Meinungen billigen, sondern kommt ebenso denjenigen zugute, die ihnen kritisch oder ablehnend gegenüberstehen und dies in der Versammlung zum Ausdruck bringen." (BVerfGE 84, 203, 209, 1 BvR 772/90)

„Weisungen, die Äußerungen einer Gegenmeinung verbieten (Mitführen eines Spruchbandes, dessen Aussage den Intentionen der vom Veranstalter oder Leiter vorgesehenen Demonstration widerspricht) sind unzulässig. **Die Polizei hat die Rechte des Teilnehmers gegen Leiter und Ordner zu schützen.**“ (Versammlungsrechtlicher Kommentar Dietel/Gintzel/Kniesel, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, 13. Auflage (Rn. 24 zu §19).

Das andere ist **die politische Seite**. Was können die selbsternannten „Versammlungsleiter“ von „Fridays for future“ gegen o.g. Plakat haben?

Vordergründig geht es um die Ablehnung aller Parteien und nicht den Inhalt des Plakats. Gegen die Fahnen von Jusos und Grüner Jugend hatten sie allerdings nichts einzuwenden. Aber gegen die MLPD. Was hier zu Tage tritt, ist nichts anderes als **Antikommunismus – bekanntlich Staatsreligion in Deutschland!**

Die MLPD kämpft im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien seit jeher gegen die Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur und vertritt, dass der Kapitalismus die Existenz der Menschheit bedroht und die Ursache der begonnen globalen Umweltkatastrophe ist. Wir tarnen uns auch nicht und segeln nicht unter fremder Flagge, sondern stehen klar zu unseren Inhalten: „Nur der

revolutionäre **Kampf zur Überwindung des imperialistischen Weltsystems und der Errichtung der vereinigten sozialistischen Staaten** der Welt entscheidet darüber, ob dieser begonnene Prozess der globalen Umweltkatastrophe noch **gedämpft oder gar gestoppt** werden kann.“

(Stefan Engel: *Die Krise der bürgerlichen Naturwissenschaft*, S. 91)

Darüber gab es mit der bis Mai 2023 existierenden „Fridays for future Gruppe Bremen“ zunehmendes Einverständnis. Die Gruppe wurde deswegen ständig v.a. von Seiten der „Grünen“ angegriffen, weil sie eben nicht die Unterordnung unter die Politik der Bundesregierung mitmachten, nicht sich damit zufrieden gaben, das 1,5° - Ziel zu erreichen und immer stärker den Kapitalismus angriffen. Und sie wurden von denselben Leuten angegriffen und ihnen in infamer Weise Antisemitismus unterstellt, weil sie bei einer der letzten FFF-Demos Mitglieder einer palästinensischen Befreiungsbewegung sprechen ließen.

Diese Gruppe zog aus den Anfeindungen leider den falschen Schluss, sich aufzulösen.

Damit war die Bahn frei, eine neue FFF-Gruppe zu gründen, die stromlinienförmig auf Kurs der systemkonformen, selbsternannten FFF-Spitze um Luisa Neubauer (Mitglied der „Grünen“) liegt und die Proteste auf Verkehrsfragen, Heizungssysteme etc. reduziert – ohne das System in Frage zu stellen.

Interessant, dass am Tag der FFF-Demo, am 15.9.2023 im Weser-Kurier zu lesen war, dass die Grünen-Spitze inzwischen einverstanden ist mit der extrem gefährlichen CO<sup>2</sup>-Verpressung. Und widerwärtig die Angriffe Neubauers und der Grünen gegen die „letzte Generation“.

Es ist kein Wunder, dass die jüngste FFF-Demo nicht nur zahlenmäßig sondern v.a. inhaltlich hinter den früheren zurück blieb. Zahnlose Tiger braucht kein Mensch!

Die Bewegung „Fridays for future“ kann stolz sein auf ihr fünfjähriges Bestehen. Wichtige Erfolge wurden erreicht: Die Fähigkeit, Massenproteste zu organisieren Eine größere Sensibilität in der Gesellschaft für die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen. Eine weltweit vernetzte neue Jugendbewegung mit wachsender Kritik an der kapitalistischen Profitwirtschaft. Das gilt es weiter zu entwickeln, anstatt ins seichte Fahrwasser grüner „Realpolitik“ zurück zu fallen.

*„Riesige Wald- und Buschbrände, gigantische Sturzregen, absterbende Wälder, Überflutungen, Dürrekatastrophen und Tornados – nahezu täglich Katastrophenmeldungen in Zeitungen und News-Tickern. Eine Reihe von irreversiblen Zerstörungs- und Selbstzerstörungsprozessen in der Natur entfalten sich und stellen das Überleben in immer mehr Regionen in Frage. Diese Prozesse machen deutlich, die globale Umweltkatastrophe hat begonnen!*

*Die Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung sind die internationalen Übermonopole, die auf der Jagd nach Maximalprofit gnadenlos und wider besseren Wissens über den dringend notwendigen Umweltschutz und akut gebotene Sofortmaßnahmen hinweggehen. Alle die nicht in der globalen Umweltkatastrophe untergehen wollen, sind heute wie nie zuvor herausgefordert, einen gesellschaftsverändernden Kampf aufzunehmen. (...) eine Rettung der Menschheit wird nur im echten Sozialismus möglich sein.“*

(Flyer zur Neuherausgabe „Die Globale Umweltkatastrophe hat begonnen“ – Bestellungen an [www.neuerweg.de](http://www.neuerweg.de), bei [mlpd.bremen@web.de](mailto:mlpd.bremen@web.de) und jeder guten Buchhandlung – ab 12,50 €)

Ich fordere eine Entschuldigung sowohl der beteiligten "Ordner" als auch der Polizei. Und die Klarstellung, dass bei den kommenden FFF- und anderen Demos die Meinungs- und Versammlungsfreiheit respektiert wird.

Bitte schickt Protestschreiben an FFF-Bremen, die Polizei und die Medien.

Ich freue mich wenn ihr sie auch an mich schickt - und auf eine gute Zusammenarbeit im Kampf gegen die globale Umweltkatastrophe und ihre Verursacher.

Wolfgang Lange